



Mehr Schutz für Ausgleichsflächen

Für jedes Stück verbrauchte Natur ist laut Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG Allgemeiner Schutz von Natur und Landschaft §§13- 19) ein Ausgleich fällig – etwa wenn eine Straße gebaut wurde. Doch das funktioniert in der Praxis leider oft nicht, wie ein sehr ärgerliches Ereignis am Kreuzgarten in Nettetal Schaag vom 14. Januar zeigt. Am besagten Ort wurde eine etwa 0,5 ha große Fläche, die als Ausgleichsfläche für die in der Umgebung stehenden Windräder ausgewiesen wurde (einzusehen auf dem entsprechend geltenden Flächennutzungsplan) und die mit jungen Bäumen und Sträuchern bewachsen war, vom Eigentümer innerhalb eines Tag komplett gerodet. Dieser Eigentümer besitzt eine weitere, etwa doppelt so große Fläche am Ort, die er im Anschluss daran ebenfalls begonnen hat zu roden. Diese Fläche ist auch im Flächennutzungsplan als Ausgleichsfläche ausgewiesen und ist komplett mit jungen Bäumen bepflanzt. Aufmerksame Nachbarn waren über die Fällarbeiten irritiert und haben die untere Naturschutzbehörde des Kreises Viersen eingeschaltet. Diese reagierte umgehend und konnte eine weitere Abholzung zum Glück noch stoppen. Leider wurden auf dem anderen Grundstück ja aber bereits Tatsachen geschaffen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Der Verlust der Bäume und die Zerstörung von Rückzugsräumen für Wildtiere ist schwer auszugleichen und nicht zu ersetzen. Doppelt schwer, denn wie soll ein ohnehin schon schwer auszugleichender Ausgleich ausgeglichen werden? Selbst, wenn der Eigentümer jetzt verpflichtet wird, wieder aufzuforsten, ist auch noch völlig unklar, ob er sorgsam damit umgehen wird und überhaupt ein Interesse hat, dass die jungen Bäume anwachsen. Zu erwartende Klimabedingungen werden das Anwachsen voraussichtlich zusätzlich erschweren.

Es stellt sich die Frage, wie so etwas überhaupt passieren kann und wie so etwas zu verhindern ist.

Bei der Recherche erfuhren wir, dass eine solche Situation leider auch keinen Einzelfall darstellt. Das Problem, dass Ausgleichsflächen nach einigen Jahren
Parents for Future – Kreis Viersen
kreis-viersen@parentsforfuture.de <https://parentsforfuture.de/de/kreis-viersen>

unbemerkt umgenutzt werden, ist hinlänglich bekannt. Vielerorts fehlt es einfach an entsprechenden Kontrollmöglichkeiten. Verwaltungen sehen sich überlastet. Ohne das aufmerksame und konsequente Einschreiten der Nachbarn hätte die Behörde auch im vorliegenden Fall keine Kenntnis erlangt, die Bäume und Rückzugsräume wären allesamt verloren gewesen.

Bei der Überlegung, wie sich das Recht der Natur besser vertreten lässt, sind wir auf eine recht einfache Idee gestoßen. Wäre nicht das verpflichtende Aufstellen von kleinen Schildern an Ausgleichsflächen, die die Fläche ganz klar für jeden ersichtlich als solche ausweisen und Hinweise zu deren Bestimmung und Umgang geben, eine einfache und wirksame Maßnahme, mehr Aufklärung, Verbindlichkeit und Schutz zu erreichen? Wir werden unseren Vorschlag den Behörden mitteilen und sind gespannt, ob er dazu beitragen kann, den Missstand zu verbessern.

Parents for Future – Kreis Viersen

25. Januar 2022